

**Stephan Lessenich/Mario Neumann/
Thomas Seibert/Andrea Ypsilanti (Redaktion)**



Anders regieren?

**Von einem Umbruch, der ansteht,
aber nicht eintritt**

VSA

Herausgegeben vom



Institut
Solidarische
Moderne

Stephan Lessenich/Mario Neumann/
Thomas Seibert/Andrea Ypsilanti (Redaktion)
Anders regieren?

Das im Januar 2010 gegründete *Institut Solidarische Moderne* mit Sitz in Berlin versteht sich als Programmwerkstatt für solidarische Politikkonzepte, die über die Grenzen unterschiedlicher politischer Zugänge und Mitgliedschaften in Parteien, NGOs, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen hinweg im Dialog entwickelt werden. Die dafür notwendigen methodischen Verfahren bilden zugleich eine Brücke zwischen Wissenschaft und Politik und verfolgen perspektivisch die Zusammenführung der unterschiedlichen Ansätze zu einem Projekt, das auf eine umfassende gesellschaftliche Alternative zum Neoliberalismus zielt.

Stephan Lessenich / Mario Neumann /
Thomas Seibert / Andrea Ypsilanti (Redaktion)

Anders regieren?

Von einem Umbruch, der ansteht, aber nicht eintritt

Herausgegeben vom
Institut Solidarische Moderne

VSA: Verlag Hamburg

www.solidarische-moderne.de

www.vsa-verlag.de

Die Fotos auf den Seiten 78-88 sind von David Schommer
(www.davidschommer.de; E-Mail: info@davidschommer.de)

© VSA: Verlag 2014, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-604-6

Inhalt

EINLEITUNG

Anders Regieren?	10
<i>Stephan Lessenich/Mario Neumann/ Thomas Seibert/Andrea Ypsilanti</i>	

DENKANSTÖSSE:

DEUTSCHLAND UND EUROPA NACH DEN WAHLEN 2013 UND 2014

Warum es (auch diesmal) keinen Politikwechsel geben wird	16
Deutschland nach der Wahl – aus Sicht einer solidarischen Moderne <i>Stephan Lessenich/Anke Martiny/Thomas Seibert</i>	

Die ungelöste Eurokrise	21
Zwischenfazit und Ausblick anlässlich der Europawahl <i>Cansel Kiziltepe/Lisa Paus/Axel Troost</i>	

Der tote Punkt und der Kapitalismus »zweiter Potenz«	51
<i>Frank Engster</i>	

DOKUMENTATION

Die Summer Factory 2013 in Wort und Bild	76
<i>Martin Wimmer</i>	

Fotodokumentation der Summer Factory 2013 <i>David Schommer</i>	78
---	----

Parteilpolitische Perspektive auf die Bedingungen und Hindernisse einer Linksregierung	89
<i>Moritz Warnke im Gespräch mit Andrea Ypsilanti und Astrid Rothe-Beinlich</i>	

ARBEITSGRUPPEN

Soziale Bewegungen und linke Parteien

Doppelstrategie Zweipunktnull?	102
Zu den aktuellen Bedingungen eines neuen Kooperationsmodus von linken Parteien und sozialen Bewegungen <i>Jan Schlemermeyer</i>	
Rot-Grün-Rot anders	110
<i>Thomas Seibert</i>	
Möglichkeiten einer neuen Form der Kooperation von linken Parteien und Bewegungen	117
Erfahrungen an der Schnittstelle <i>Corinna Genschel</i>	
Linke Parteien und soziale Bewegungen – Erfahrungen aus Lateinamerika	125
<i>Thomas Fatheuer</i>	

Transformation des Politischen

»Radikale« Politik	130
Postpolitischer Kapitalismus, gesellschaftliche Archaisierung und der »Nom-de-L/Égalité« <i>Volker Koehnen</i>	
Zur Resozialisierung der Demokratie	150
Konturen einer emanzipatorischen Transformation der Politik <i>David Salomon</i>	
Für Mikropolitik	157
Zehn Thesen zur Transformation des Transformationsbegriffs <i>Daniel Loick</i>	

Linksregierung und Medien

Linke Medienpolitik	163
<i>Thomas Lohmeier</i>	

Informationen in den gesellschaftlichen Kontext einpassen	168
<i>Vera Bunse</i>	
Sozial-ökologische Politik, Linksreformismus und die Medien	174
<i>Tom Strohschneider</i>	
Über die Grenzen des Medienbaukastens	180
<i>Dieter Rucht</i>	
Was wir von dem Medien-Umbruch lernen könnten	186
<i>Wolfgang Storz</i>	

Gesellschaftswandel ist Kulturwandel

Worüber redet das ISM, wenn es über Kultur redet? – Zehn Thesen ..	193
<i>Martin Wimmer</i>	
Kultur: Geist der Zeit	195
Die gegenwärtige Schwäche der Linken ist ihr Mangel an Utopie	
<i>Fritz Glunk</i>	
Wer den Code kennt	199
Kultur- und Bildungspolitik zwischen Selbstbeobachtung, Schwarmintelligenz und Verteilungskampf	
<i>Ina Hartwig</i>	
Faszination und Macht neoliberaler Kultur	205
<i>Klaus-Dieter Stork</i>	
Kulturelle Dimensionen einer solidarischen Zukunft	208
<i>Dieter Kramer</i>	

LINKE IM WARTESTAND

Das Ende soll ein Anfang sein	220
<i>Andrea Ypsilanti</i>	
Sturm und Drang der Multitude	224
Der Zauberspruch der besetzten Plätze und die Borniertheit der Linken	
<i>Mario Neumann</i>	

Auf der Suche nach einer politischen Strategie der gesellschaftlichen Transformation für die heutige Zeit	241
<i>Frieder Otto Wolf</i>	
Jenseits der politischen Arithmetik	261
Über die Funktionen von Mitte-Links-Regierungen und Strategien gesellschaftlicher Veränderung	
<i>Raul Zelik</i>	
Agenda 2020	281
Der Politikwechsel, wenn es ihn gibt, kommt anders als gedacht	
<i>Thomas Seibert</i>	
Autor_innen	299

Parteilpolitische Perspektive auf die Bedingungen und Hindernisse einer Linksregierung

Moritz Warnke im Gespräch mit
Andrea Ypsilanti und Astrid Rothe-Beinlich

Die ISM Summer Factory 2013 versuchte im Vorfeld der Bundestagswahlen, die notwendige Diskussion um strategische Bedingungen eines gelingenden rot-rot-grünen Politikwechsels weiterzuführen. Eine Arbeitsgruppe zu den gemachten Erfahrungen hinsichtlich der Versuche der Bildung einer Linksregierung auf Länderebene leuchtete zwei konkrete Beispiele näher aus: die Landtagswahlen in Hessen 2008 und jene in Thüringen 2009. In beiden Fällen war es zwar gelungen, die politischen Mehrheiten bei Wahlen zu erreichen, die Versuche eines Politikwechsels waren aber dennoch gescheitert. So konnte sich in Hessen die CDU gemeinsam mit der FDP nach Neuwahlen 2009 wieder als Regierung etablieren, und in Thüringen ließ die SPD die Verhandlungen um ein Linksbündnis platzen und stellte stattdessen vier Minister_innen der neuen schwarz-roten Regierung. Diese Erfahrungen sollten in der Arbeitsgruppe reflektiert werden, um die Bedingungen und Hindernisse einer Linksregierung aus parteipolitischer Perspektive auszuloten.

Es zeigt sich in der konkreten Analyse, dass es nicht *den einen Grund* gibt, aus dem sich ein Universalschlüssel zur Überwindung der Blockierungen und ungelösten Schwierigkeiten herausdestillieren ließe. Alle bisherigen Versuche hatten es mit eigenen und teilweise regionalspezifischen, oft auch personenbezogenen, Konfliktkonstellationen zu tun. Das jeweilige Scheitern lässt sich nur begrenzt generalisieren und kann dennoch Anlass für ein Nachdenken sein, das sich von den gemachten Erfahrungen nicht entmutigen lässt.

Von den konkreten Verhandlungen in Thüringen und Hessen ausgehend entspann sich eine auch über die Landesebene hinausblickende Diskussion zwischen den Teilnehmer_innen¹ der Arbeitsgruppe. Dabei wurden die Möglichkeiten und die Notwendigkeit zukünftiger Realisierungsversuche eines

¹ An der Arbeitsgruppe nahmen Alex Demirović, Astrid Rothe-Beinlich, Moritz Warnke und Andrea Ypsilanti teil.

Politikwechsels herausgestellt – im Sinne einer gemeinsamen Verpflichtung zu linker Gesellschaftspolitik, nicht im Sinne einer rein strategischen Zusammenarbeit mit dem beschränkten Ziel von in Prozentzahlen gemessenen Wahlerfolgen. Dabei wurde deutlich, dass die Perspektive auf einen wirklichen Politikwechsel mehr beinhalten muss als gemeinsame relevante Projekte, die Augenhöhe unter den Parteien und einen »guten Draht« zwischen den parteipolitischen Führungsfiguren. Echtes Crossover muss nicht nur auf der To-Do-Liste derjenigen stehen, die in den beteiligten Parteien jetzt und in Zukunft Schlüsselpositionen einnehmen, sondern fällt in eine Zeit, in der die gesellschaftliche Linke zersplittert ist. Die Bildung eines tragfähigen rot-rot-grünen Bündnisses mit realpolitischer Durchsetzungsperspektive braucht daher qualitative Veränderungsprozesse in einer ganzen Reihe von Handlungsfeldern. Die Dimensionen solcher Prozesse verändern dabei auch die Akteur_innen eines rot-rot-grünen Transformationsprojektes selbst und ebenso die Formen des politischen Umgangs miteinander, die so umgeschrieben werden müssten, dass emanzipatorische Politiken überhaupt die Chance auf Umsetzbarkeit erhalten.

Was das für Akteur_innen innerhalb der Parteien heißt, diskutieren Andrea Ypsilanti und Astrid Rothe-Beinlich im folgenden Interview – erstere auf Basis der sozialdemokratischen Erfahrungen der hessischen Landtagswahlen 2008 und der folgenden Jahre, letztere vor dem Hintergrund der Landtagswahlen in Thüringen 2009 aus einer bündnisgrünen Perspektive.

ISM (Moritz Warnke): *Landtagswahlen sind zwar verknüpft mit der politischen Landschaft im Bund und inzwischen auch mit der Politik in der EU, ihr prägender Kontext sind jedoch die Bedingungen im jeweiligen Bundesland. Welche Ausgangssituation würdet ihr 2008 bzw. 2009 beschreiben?*

Andrea Ypsilanti: Hessen war das erste Bundesland, in dem es eine rot-grüne Koalition (unter Holger Börner)² gegeben hatte. Spätere Protagonist_innen der rot-grünen Bundesregierung fanden hier ihr Laboratorium. Zwar waren 2008 keine der handelnden Personen aus der ersten rot-grünen Koalition mehr in der SPD-Fraktion, aber das Verhältnis zwischen SPD und Grünen in Hessen war nach der gemeinsamen Regierungserfahrung sehr gut und über Jahre gewachsen. Mit einer rot-rot-grünen Regierung

² 1984 bis 1987, die dann von einer CDU/FDP-Regierung zwischenzeitlich abgelöst wurde und unter Hans Eichel von 1991 an nochmals acht Jahre lang Hessen regierte.

oder Tolerierung hingegen gab es in der hessischen Politik keinerlei Erfahrung. Eine Koalition zwischen SPD und Linkspartei in Westdeutschland war ein Tabuthema innerhalb der Bundes-SPD, was sich auch in Hessen niederschlug. Man darf nicht die Auswirkungen der rot-grünen Bundesregierung und ihrer Politik, allen voran jene der Agenda 2010, übersehen: Hunderttausende SPD-Mitglieder traten aus der SPD aus und sie beförderten die Gründung der Linkspartei. Hessen war das erste Bundesland, in dem das spannungsreiche Verhältnis zwischen SPD und Linkspartei in diesem Konflikt aufgebrochen wurde.

Astrid Rothe-Beinlich: Die Fragen nach möglichen Koalitionsoptionen sind grundsätzlich geprägt von regionalen, länderspezifischen Rahmenbedingungen. Das zeigte sich in Thüringen natürlich auch dadurch, dass die Linkspartei – anders als in Hessen – deutlich etablierter war. Die Ausgangssituation 2009 war für eine Linksregierung nicht schlecht. Über 15 Jahre hatte sich Mehltau über den Dreifraktionenlandtag³ gelegt. Sowohl medial als auch »auf der Straße« war der Wunsch nach einer Änderung spürbar. Von Beginn an war klar, dass ein Ende der Ära Althaus eine vierte Partei im Parlament benötigte und aufgrund der Stärke der CDU bei gleichzeitiger Schwäche der SPD nur in einer Dreierkoalition möglich gewesen wäre.

Andrea Ypsilanti: Die Notwendigkeit war in Hessen so nicht vermittelbar. Zwar bestand ganz klar der Wunsch nach einem Ende der CDU-geführten Regierung, aber die Linkspartei stellte ein Tabu dar, das die SPD nicht antasten konnte. Zwar wurde diese Problematik in der Partei durchaus schon lange vor der Wahl thematisiert, wir kamen aber mehrheitlich zu der Auffassung, dass die Inhalte wichtiger seien als die Diskussion um ein Tabu-Thema. Im Rückblick muss man sagen, dass wir zu diesem frühen Zeitpunkt die mögliche Tragweite dieser Machtfrage unterschätzt haben. Vielmehr konzentrierten wir uns auf das progressive Wahlprogramm und die sozialökologische und kulturelle Neuprofilierung der hessischen SPD.

ISM: *Die Wechselstimmung scheint beiden Wahlkämpfen gemein, die Bevölkerungen den CDU-Regierungen überdrüssig. Mal etwas blöd gefragt: Fällt so eine Stimmung vom Himmel?*

³ CDU, SPD und die Linke (vormals PDS)

Astrid Rothe-Beinlich: Ganz sicher nicht! Und sie führt auch nicht allein dazu, dass die Menschen eine Regierung abwählen. Dank gemeinsamer parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktivitäten wurden 2009 inhaltliche Schnittmengen öffentlichkeitswirksam gezeigt, u.a. in Form von zwei gemeinsam und mit mehreren anderen Partner_innen (Kirche, Gewerkschaften etc.) getragenen Volksbegehren, mit Demonstrationen und Großveranstaltungen. Hinzu kam eine klar erkennbare gemeinsame Kampagne gegen die Alleinherrschaft der CDU, insbesondere gegen Ministerpräsident Althaus.

Das gemeinsame Ziel der Ablösung der CDU-Regierung war prägend und wurde in der Öffentlichkeit auch so wahrgenommen. Der Wahlkampf zur Landtagswahl 2009 war entsprechend ausgerichtet. Alle drei Parteien verzichteten weitgehend auf Angriffe untereinander, man richtete sich auf den gemeinsamen Gegner, die Regierung Althaus, aus. Bereits im Wahlkampf wurde klar, dass eine mögliche Linksregierung nicht an inhaltlichen Fragen scheitern würde – letztlich zeigte sich ja dann auch, dass sich die entscheidenden Konflikte um Personalfragen drehten, allen voran um die Frage, wer die Ministerpräsidentschaft übernehmen würde.

Andrea Ypsilanti: In Hessen gab es vor der Wahl keine Absprachen oder Verhandlungen zwischen SPD und Grünen – und mit der Linkspartei aufgrund der Ausgangslage sowieso nicht. Man wusste, dass es zwischen SPD und Grünen bei den konkreten Inhalten nur bezüglich der Verkehrsinfrastruktur (z.B. Flughäfen, Straßenbau) Probleme gab. So kochte jede der beiden Parteien ihr eigenes Süppchen. Dennoch hat keine der drei Parteien einen personellen oder inhaltlichen Negativwahlkampf geführt, nicht einmal SPD und Linkspartei. Grüne und SPD haben dann, als sich abzeichnete, dass es eine reale Chance für die Regierungsübernahme gab, einen Lagerwahlkampf geführt. Es gab z.B. gemeinsame Auftritte von Tarek Al-Wazir und mir.

ISM: *Inhaltliche Übereinstimmungen ließen sich also auch regional verankert ausmachen – aber reicht das schon, um von einem gemeinsamen Projekt zu sprechen?*

Andrea Ypsilanti: Nein, denn es zeigte sich, dass niemand nach den strategischen Voraussetzungen einer linken Regierung – ob nun rot-grün oder rot-rot-grün – gefragt hatte. Die Erkenntnis, dass ein solches Projekt vorbereitet werden muss, hatten wir nicht. Das wäre auch bezogen auf das Tabuthema mit der Linkspartei gar nicht möglich gewesen. Es war den we-

nigsten Beteiligten bekannt, dass es auf Bundesebene jahrelange informelle Vorbereitungen von Rot-Grün gegeben hatte. Wir haben unsere Wahlprogramme angeschaut und gedacht, dass da nichts passieren kann, weil die kompatibel waren, und man hatte ja die historische Erfahrung mit Rot-Grün in Hessen und im Bund. Die Vorbereitung eines gemeinsamen Projektes mit der Linkspartei stand gar nicht im Raum. In der aufgeheizten Stimmung des Wahlkampfs war noch nicht mal an Gespräche zu denken. Als dann nach der Wahl deutlich wurde, dass wir ohne eine Tolerierung der Linkspartei keine Regierung würden stellen können (von CDU und FDP trennte uns ein so tiefer Graben, dass keine Koalitionen möglich waren), begann eine ganz schwierige Diskussion – viel zu spät.

Astrid Rothe-Beinlich: Da waren wir in Thüringen eigentlich im Vorteil: Nach dem Wahlausgang 2009 gab es zwei Optionen für eine Regierungsbildung: Rot-Rot mit oder ohne grüne Beteiligung und Schwarz-Rot. Rot-Rot ohne Grün wurde in den Medien kaum diskutiert. Mit Gründen: SPD und Linke trauten einander nicht wirklich und plädierten daher beide für eine Dreierkonstellation. In den rot-rot-grünen Sondierungsgesprächen musste allerdings aufgrund der zugespitzten Situation im Wahlkampf – sowohl Matschie als auch Ramelow waren als Ministerpräsidentenkandidaten ins Rennen gegangen und die SPD hatte es abgelehnt, in eine Koalition unter einem linken Ministerpräsidenten einzutreten – vor dem Einstieg in konkrete Koalitionsverhandlungen erst einmal geklärt werden, wer in dieser Konstellation den Ministerpräsidenten stellen würde. Trotzdem wurde die Entscheidung über diese Frage erst am Schluss der Sondierungen aufgerufen. Da BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit deutlichem Abstand der kleinste mögliche Koalitionspartner war, gab es von unserer Seite keine personellen Vorschläge. Es zeigte sich ein reichlich absurdes Schauspiel. War es doch schwer zu erklären, warum ausgerechnet die SPD, die fast zehn Prozent hinter der Linkspartei lag, den Ministerpräsidenten stellen sollte. Doch die SPD beharrte auf ihrer Position, da auch die Grünen nicht bereit waren, Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten zu wählen. Die Linkspartei hatte aber aufgrund ihres Wahlergebnisses den Anspruch auf diesen Posten erhoben. Es drohte ein schnelles Ende der Gespräche. Nach längerer Diskussion erklärte sich Bodo Ramelow schließlich bereit, auf die Kandidatur als Ministerpräsident zu verzichten, wenn auch Christoph Matschie dazu bereit sei. Matschie willigte (scheinbar) ein. Das Bündnis war zum Greifen nah.

ISM: *Scheiterte es dann an konkreten Personen?*

Astrid Rothe-Beinlich: Nun ja, die thüringische SPD wollte sich auf keinen Fall auf eine gemeinsame Personalsuche in einer paritätisch besetzten Kommission vor Aufnahme der Koalitionsverhandlungen einlassen, obwohl Grüne und Linke deutlich machten, dass sie einen SPD-Ministerpräsidenten oder eine Ministerpräsidentin mittragen würden. Die SPD versteifte sich auf eine eigene Auswahl, die den beiden anderen Partnern dann nur im Ergebnis präsentiert werden sollte. Die Verhandler_innen der SPD drängten darauf, dass sich Linkspartei und Grüne, bevor sie wissen, wen die SPD vorschlägt und noch vor den Koalitionsverhandlungen, schriftlich auf einen SPD-Ministerpräsidenten festzulegen hätten. Das war – absehbar – weder für die Grünen noch für die Linkspartei tragbar. Die Sondierungsgespräche scheiterten und die SPD stieg unmittelbar in Koalitionsverhandlungen mit der CDU ein. Diese hatte nach der Wahl recht schnell ihren angeschlagenen Spitzenkandidaten Althaus entsorgt und nach kurzen innerparteilichen Querelen Christine Lieberknecht zur neuen Parteichefin gewählt, die heute Ministerpräsidentin ist.

ISM: *Obwohl also im Wahlkampf noch alle Beteiligten von inhaltlichen Übereinstimmungen ausgingen, war dies keine ausreichende Basis mehr für ein Bündnis in Thüringen?*

Astrid Rothe-Beinlich: Unübersehbar war, dass sich die SPD spätestens ab der vierten Sondierung bereits vom Vorhaben einer Linksregierung verabschiedet hatte. Später wurde ein SPD-Papier verfasst, das die schlechte Stimmung bei den Sondierungen mit Linken und Grünen bemängelte, wenig inhaltliche Überschneidungen sah und vor allem der Linken massiven Vertrauensbruch vorwarf. Beim tatsächlichen Lesen der Sondierungsprotokolle und mit Blick auf die erfolgreich sondierten Inhalte ergibt sich allerdings ein deutlich anderes Bild. Medial in Erinnerung ist nach wie vor der Brombeercocktail, mit dem die CDU die SPD empfing, während mit Linken und GRÜNEN hart um Inhalte und die personelle Aufstellung gerungen werden musste.

ISM: *Noch einmal zu Hessen: Auch hier sahen wir eine sehr starke Personalisierung sowohl in deiner Person, Andrea, als auch im Fokus auf die vier Personen, die sich scheinbar im Alleingang über den Parteitagsbeschluss zur Bildung einer rot-grünen Regierung unter Tolerierung durch die Linkspartei hinwegsetzten. Dabei hatten doch offensichtlich unterschiedliche Kräfte und Allianzen um Mehrheiten gerungen.*

Andrea Ypsilanti: In der SPD-Linken war klar, dass der Versuch einer entsprechenden Regierungsbildung sehr riskant sein und bei einem möglichen Scheitern auf mich zurückfallen würde, dass meine Glaubwürdigkeit auf dem Spiel stand. Daher sahen wir drei Voraussetzungen als notwendig an, um von einer Tolerierung auch nur reden zu können: Die zentrale Voraussetzung war, dass die Partei uneingeschränkt dahinter stand. Um hierüber ein Meinungsbild von der Parteibasis zu bekommen, wurden mehrere Regionalkonferenzen durchgeführt. Auf diesen erfuhr eine Tolerierung eine 90prozentige Zustimmung. Daneben war uns klar, dass wir auch durch eine Verankerung in der Partei keinen gesellschaftlichen Applaus ernten würden. Wir gingen davon aus, dass wir die große Skepsis gegenüber dieser Neuausrichtung nur durch fünf Jahre gutes Regieren hätten ausgleichen können. Da wir überzeugt waren, dies schaffen zu können, wagten wir den Versuch. Die dritte Voraussetzung war, dass es eine gesellschaftliche Unterstützung geben musste. Gewerkschaften und andere Akteur_innen, die vorher durch die gemeinsame Arbeit am Wahlprogramm intensiv beteiligt waren und eine hohe Identifikation mit den Inhalten hatten, signalisierten ihre Unterstützung für ein Linksbündnis, die Gewerkschaften (außer der IG BCE) allen voran. So gab es z.B. sofort eine Betriebsrätekonferenz, auf der ich aufgefordert wurde, dafür zu sorgen, dass die Inhalte, für die die hessische SPD gewählt wurde, auch umgesetzt werden. Jedoch kochte die mediale Stimmung mit bewährten Kommunismuskorrekturen extrem schnell hoch, eine Unterscheidung zwischen Tolerierung und Koalition, wie sie später in Nordrhein-Westfalen möglich sein sollte, zu kommunizieren, wurde unterbunden. In Folge dessen konnten sich die Kräfte in Stellung bringen, die ein solches Bündnis ablehnten und denen das linke Programm ein Dorn im Auge war. Denn wenn wir es in Hessen mit einem solch linken Programm geschafft hätten, hätte das massive Auswirkungen auf den Bund gehabt, zumal sich andere Landesverbände sicher daran orientiert hätten.

ISM: *Um einmal zu versuchen, diese Erfahrungen zusammenzufassen: Neben den inhaltlichen und programmatischen Übereinstimmungen braucht es also auch Zeit, strategische Absprachen zu treffen und Vertrauen zu bilden – innerhalb wie außerhalb der Parteien?*

Astrid Rothe-Beinlich: Sicherlich, und hier stellen die gemeinsamen Verhandlungen einen wichtigen Meilenstein im Verhältnis zwischen Linkspartei und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dar – nicht nur in Thüringen. Beispielsweise spielten aufgrund der Erfahrungen und der Sozialisation vieler Grüner

Mitglieder in der (Opposition der) DDR der Umgang mit der Vergangenheit und die Aufarbeitung auch in der Zukunft eine entscheidende Rolle bereits zu Beginn der Sondierungen. Gemeinsam mit der Linkspartei wurde zu diesen Fragestellungen dann ein wichtiges gemeinsames Papier verfasst, das auch als ein zentraler Teil der Präambel eines möglichen Koalitionsvertrags dienen sollte.

ISM: *Aus Sicht der gesellschaftlichen Linken scheinen die Parteien andere mediale Räume zu haben, um ein Agendasetting zu betreiben und ein gemeinsames politisches Projekt voranzutreiben. Gilt das auch noch in Wahlkämpfen bzw. in der Sonderungsphase danach?*

Andrea Ypsilanti: In Hessen gab es keine einzige Pressekonferenz – egal zu welchem Inhalt –, auf der der Umgang bzw. die mögliche Zusammenarbeit mit der Linken nicht thematisiert wurde. Die Koalitions- oder Bündnisfrage waren alleiniges Thema ohne Inhalt oder politisches Projekt. Es entstand der Eindruck, dass ein falsches Wort genügen würde, und die Presse würde die SPD vor der Wahl in Grund und Boden schreiben. Dies galt für die überwiegende Mehrheit der Presse. Denn selbst die linken Zeitschriften, wie auch die taz, wollten schon vor der Wahl ein offensives Bekenntnis zu einer möglichen Zusammenarbeit, in Verkennung des Umstandes, dass dies innerhalb der SPD vor der Wahl aufgrund des Tabus nicht einmal thematisierbar, geschweige denn mehrheitsfähig war. Die Befürworter_innen einer potentiellen Tolerierung einer rot-grünen Regierung durch die Linkspartei sahen sich einer beständigen medialen Verunglimpfung ausgesetzt. Es ging um keinen einzigen Inhalt mehr.

Astrid Rothe-Beinlich: 2009 in Thüringen war das völlig anders. Die öffentliche Meinung stand auf Regierungswechsel. Nach dem Wahlausgang 2009 gab es zwei Optionen für eine Regierungsbildung: Rot-Rot mit oder ohne grüner Beteiligung und Schwarz-Rot. Wie bereits erwähnt, wurde die Möglichkeit Rot-Rot ohne Grün in den Medien kaum diskutiert. Die Thüringer Leitmedien gaben die Stimmungslage gut wieder. Einseitiger Hofjournalismus zugunsten der Landesregierung, wie es ihn vorher zu oft gab, wurde zurückgedrängt. Hinzu kam ein unglaublich arrogantes Vorgehen der CDU im Wahlkampf. Fortan war nur noch die Rede vom »Tollhaus Althaus«.

ISM: *Ihr habt beide schon betont, dass es Befürwortung und Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Kräften aus der Zivilgesellschaft wie Gewerk-*

schaften, Verbänden und Kirchen gab. Wie wichtig schätzt ihr deren Rollen ein?

Andrea Ypsilanti: Die SPD hat im Vorwahlkampf einen breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess organisiert. So wurde im Prozess der Ausarbeitung des SPD-Wahlprogramms fortwährend zwischen den verschiedenen Beteiligten innerhalb der Partei und den politischen Akteur_innen außerhalb der Partei kommuniziert. Es fanden also Gespräche statt mit Gewerkschaften, Mittelstand, IHK, Umweltverbänden, Schüler_innenorganisationen, Kirchen und Sozialverbänden – und seit langer Zeit auch wieder: mit Wissenschaft und Kulturschaffenden. Es ist wichtig anzumerken, dass diese Gespräche im Vorfeld und während des gesamten Prozesses der Erstellung des Wahlprogramms stattfanden, damit deren Vorstellungen in den Diskurs einfließen konnten – vielleicht der erste, zarte Versuch eines »Crossover«. Am konkreten Beispiel dieses langwierigen Verständigungsprozesses wird deutlich: Demokratie braucht Zeit. Wir hatten den Mut, sie uns zu nehmen. Der Vorteil für die Partei bestand darin, dass sich im Wahlkampf viele Gruppen beteiligten, weil sie auch am Zustandekommen des Programms beteiligt waren und sich damit identifizierten. Nicht zuletzt deshalb haben nach der Wahl dann diese Beteiligten auch vehement das Linksbündnis eingefordert.

Astrid Rothe-Beinlich: Die außerparlamentarischen Initiativen in Thüringen, mit denen Rot-Rot-Grün seit 2004 oft zusammenwirkte, sahen der Ablösung der CDU als Regierungspartei entgegen. Von Umweltverbänden bis Gewerkschaften gab es keine wahrnehmbare Position gegen Rot-Rot-Grün – im Gegenteil. Das war auch ein Ergebnis der guten Zusammenarbeit zwischen 2004 und 2009. In den Verwaltungen allerdings sah die Lage anders aus: 20 Jahre CDU-Regierung hatte natürlich in den Führungspositionen Spuren hinterlassen – die Parteibücher waren entsprechend sortiert. In manchen Ministerien, insbesondere jenen, die zwischen 1994 und 1999 rot geführt worden waren, gab es auch vereinzelt andere Beamt_innen – allerdings in der Unterzahl. Auf den unteren Ebenen war man oft des Stillstands unter Althaus müde. Auch in den Kommunen hätte man eine andere Regierung begrüßt. Unter Vogel und Althaus hatte man immer wieder um eine ordentliche Finanzierung ringen müssen und u.a. die Landesregierung 2005 vor dem Landesverfassungsgericht verklagt und gewonnen.

Andrea Ypsilanti: Man darf den direkten Einfluss der Machtblöcke nicht unterschätzen. So bedrängte uns in Hessen etwa die RWE, die einen neuen Kohlekraftwerksblock im Main-Kinzig-Kreis bauen wollte, unsere Position zu überdenken. Hermann Scheer und ich machten ihnen jedoch klar, dass wir alles tun würden, um ihre Pläne zu verhindern. Es wäre blauäugig zu glauben, wir hätten keine gesellschaftlichen Gegner gehabt. Man denke nur an Wolfgang Clement, den Lobbyisten für Kohle und Atomenergie, der im Wahlkampf als SPD-Mitglied dazu aufrief, mich nicht zu wählen. Es gab diverse Gegenkampagnen, z.B. eine Flut von Leser_innenbriefen in Zeitungen. Es gab eine Anti-Ypsilanti-Kampagne mit Aufklebern etc. Dafür muss man finanzielle Ressourcen haben.

Fazit aus der Diskussion in der Arbeitsgruppe

Im Anschluss an dieses Gespräch und die Diskussion in der Arbeitsgruppe lassen sich einige Handlungsfelder identifizieren, deren Neugestaltung für den Anstoß eines Prozesses der Bildung eines tragfähigen rot-rot-grünen Bündnisses wichtig sind.

Will sich Rot-Rot-Grün als linkes gesellschaftspolitisches Projekt etablieren und Mehrheiten gewinnen, müssen – so eine zentrale Einsicht für das Institut Solidarische Moderne – solche Regierungsprojekte strategisch besser vorbereitet sein. Dabei geht es um mehr als belastbare Machtoptionen. Für einen Politikwechsel braucht es die Verständigung über ein gemeinsames Projekt und die geteilten Prozesse, die dahin führen; hier müssen strategische Absprachen und Vertrauensbildung erarbeitet werden. Die handelnden Akteur_innen benötigen dafür Zeit und Räume, um auf mehreren und unterschiedlichen Ebenen reflektieren, aufarbeiten und mit verschiedenen gesellschaftlichen Kräften zusammenarbeiten zu können. In diesem Prozess müssen auch Geschlechterrollen/-muster so aufgebrochen werden, dass eine andere politische Kultur der gemeinsamen Auseinandersetzung auf Augenhöhe möglich ist. Ein neues Zusammenspiel zwischen politischen Institutionen, Bewegungen und Zivilgesellschaft könnte auch zu neuen Praktiken und Verfahren des kritischen Regierungsbegleitens führen. Parteien sind jedoch in sich selbst auch Aushandlungsorte politischer Diskurse, und in ihnen kristallisieren sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Das gemeinsame Projekt

Nimmt man die Ausführungen über ein verändertes Politikverständnis ernst, kann man ein rot-rot-grünes Projekt sicher nicht aus den Wahlprogrammen der drei Parteien nach Proporz und mit Quersumme berechnen. Gesellschaftliche Transformation im Sinne einer solidarischen Moderne ist mehr als eine möglichst reibungslose Zusammenarbeit von Parteien in Zweckbündnissen auf Zeit (=Regierung). Will man einem prozessorientierten Politikbegriff gerecht werden, treten jedoch unmittelbar Schwierigkeiten auf: Einerseits soll er offen sein, andererseits soll sichergestellt sein, dass das, was am Ende dabei herauskommt, eine emanzipatorische Transformation der Gesellschaft ist. Es besteht die Gefahr, dass eine inhaltliche Klärung, die das verhindern könnte, hinten angestellt und über Formelkompromisse hinweggeschoben wird. Ein solcher Mangel an inhaltlicher Auseinandersetzung würde zwangsläufig Sollbruchstellen produzieren und früher oder später zum Scheitern des gemeinsamen Projekts führen. Bei allen Koalitionsspielerien und dem notwendigen Blick auf realistische Machtoptionen sollte die Diskussion von gemeinsamen, inhaltlichen Haltelinien stärker in den Mittelpunkt rücken. Ohne Suche nach und Arbeit an ihnen wird ein Transformationsprojekt kaum die Substanz und Glaubwürdigkeit erhalten, die es braucht. Die inhaltliche Bestimmung eines rot-rot-grünen Transformationsprojektes steht jedoch noch weitgehend aus. Die Diskussionen darum sind vielfältig und sie werden sogar teilweise schon mit interessanten politischen Praxen begleitet. Die institutionalisierte Politik ist davon unbeleckt und verschließt sich arrogant diesen Praxen. Doch auch innerhalb der nicht institutionalisierten Politik ist die Diskussion um gesellschaftliche Transformation zersplittert. Deshalb muss weiter an einer gesellschaftlichen Praxis des Crossover gearbeitet werden.

Parteien, Politiker_innen und gesellschaftliche Kräfte gemeinsam

An der Erarbeitung eines gemeinsamen Projektes nehmen Parteien und Parteipolitiker_innen mit ihrer ganz eigenen Logik und ihren ganz eigenen Apparaten teil. Doch sie sind nicht die einzigen, die für ein solches Projekt benötigt werden, denn wenn es darum geht, Diskurse zu verschieben und in der Öffentlichkeit breite Zustimmung zu finden, geht es auch darum, gesellschaftliche Kräfte in den Crossover-Prozess einzubeziehen. Es ist ohnehin nicht einfach, einen gemeinsamen Oppositionswahlkampf mit Regierungsperspektive zu organisieren. In seltenen Fällen gelingt es sogar, darüber eine »gesellschaftliche Mobilisierung« aus Verbänden, Gewerkschaften, (selten auch) Sozialen Bewegungen usw. zu initiieren. Die bisherigen Erfahrungen

(insbesondere in Hessen) werfen aber die Frage auf: Reicht es, den Staffeltab am Wahltag an »die Politik« zu übergeben? Der zeitliche Horizont für eine prozessorientierte Transformation muss über die Zeiten von »heißen« Wahlkämpfen ausgedehnt werden. Rot-rot-grünes Crossover muss eigenen Zeitlichkeiten folgen und sich auf neue politische Arrangements einlassen, in denen die parlamentarischen und außerparlamentarischen Akteur_innen anders relationiert sind. Diese Hürde scheint besonders hoch und bei der Frage, wie sie überwunden werden könnte, handelt es sich nicht nur um eine Denksportaufgabe für die »etablierte« Politik, sondern gerade auch für Bewegungen und Gewerkschaften. Die drei Parteien müssten sich dafür öffnen, ein solches kritisches Regierungsbegleiten zu institutionalisieren und zu ermöglichen. Das Erproben neuer Arrangements und dauerhafter Kooperations- und Konfliktstrukturen im Verhältnis zwischen institutionalisierter Politik und Bewegung bzw. Zivilgesellschaft ist vermutlich auf Länderebene leichter in Gang zu setzen und unbedingt erforderlich, um in absehbarer Zukunft auch im Bund zu linken Mehrheiten auf Augenhöhe zu kommen.

AUTOR_INNEN

Vera Bunse, freie Journalistin, seit April 2012 Redakteurin bei Carta.info, kommt aus der IT-Branche, bloggt seit 2009 über die Umbrüche in Netzpolitik, Medien, Politik und Gesellschaft und arbeitet in NGOs mit, die sich mit informationeller Selbstbestimmung und Verbraucherschutz befassen.

Frank Engster hat an der FU Berlin promoviert und war nach der Promotion u.a. Juniorfellow am Postwachstumskolleg Jena. Er leitet mit Stephan Lessenich und Ute Kalbitzer das Projekt Solidarische Arbeitsverhältnisse, das im Rahmen des ISM entstanden ist.

Thomas Fatheuer ist Sozialwissenschaftler, freier Berater, Autor und war bis 2010 der Büroleiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro. In seinem 2013 erschienenen Buch »Neue Ökonomie der Natur« beschreibt er die Natur als wirtschaftlichen Akteur.

Corinna Genschel arbeitet seit 2006 als Mitarbeiterin der Kontaktstelle soziale Bewegungen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und ist dort zuständig für den Bereich »Neue Soziale Bewegungen«. Derzeitiger Schwerpunkt der Arbeit ist die Kooperation mit den (europäischen) Bewegungen gegen und rund um »die Krise«. Sie ist aktiv im Koordinierungskreis von Blockupy und Blockupy International.

Fritz Glunk ist Gründungsherausgeber des politischen Kulturmagazins DIE GAZETTE. Bis 1976 war er im Goethe-Institut tätig, danach in der Carl Duisberg Gesellschaft, Köln, sowie als Abteilungsleiter im Max Hueber Verlag, Ismaning. Seit 1986 arbeitet er als Schriftsteller und Publizist.

Ina Hartwig lehrte an der FU Berlin, in Göttingen und St. Louis (USA), war Herausgeberin des »Kursbuch« und viele Jahre lang Literaturredakteurin der »Frankfurter Rundschau«. Heute schreibt sie hauptsächlich für »Die Zeit« und die »Süddeutsche Zeitung«. Mitglied der SPD seit 2012 und Mitglied im ISM Kulturbeirat.

Cansel Kiziltepe, Diplom-Volkswirtin, ist seit 2013 SPD-Bundestagsabgeordnete. Sie ist ordentliches Mitglied im Finanzausschuss und stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss. Zudem hat sie mehrere Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin und persönliche Referentin des Bundestagsabgeordneten Ottmar Schreiner gearbeitet.

Volker Koehnen ist Diplom-Politikwissenschaftler und Systemischer Berater (Systemische Gesellschaft), arbeitet bei der Gewerkschaft ver.di im Landesbezirk Hessen. Er ist Mitglied des Vorstands des ISM.

Dieter Kramer, ao. Prof. (Universität Wien), ist Kulturwissenschaftler/Europäischer Ethnologe, 1977 bis 1990 im Dezernat Kultur und Freizeit der Stadt Frankfurt am Main bei Hilmar Hoffmann, bis Juni 2005 Oberkustos im Museum für Völkerkunde der Stadt Frankfurt am Main.

Stephan Lessenich ist Professor für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und beschäftigt sich seit vielen Jahren insbesondere mit Fragen der Sozialpolitik und des Sozialstaats. Er ist einer der fünf Kuratoriumssprecher_innen des ISM.

Thomas Lohmeier ist Gesellschafter einer Agentur für Kommunikation und Gestaltung in Berlin sowie Mitglied der Redaktion des Magazins »prager frühling«.

Daniel Loick lehrt Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er beschäftigt sich mit Fragen der politischen Philosophie und Sozialphilosophie, insbesondere der Staats- und Rechtskritik sowie dem Zusammenhang von Politik und Lebensform. Von ihm erschien 2012 im Campus-Verlag die »Kritik der Souveränität«.

Anke Martiny ist Mitglied im deutschen Vorstand der NGO Transparency und ehemalige Berliner Kultursenatorin, Bundestagsabgeordnete und langjähriges SPD-Parteivorstandsmitglied. Sie ist Sprecherin des ISM-Vorstands.

Mario Neumann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des ISM. In seiner politischen Freizeit ist er u.a. in der Blockupy-Bewegung aktiv.

Lisa Paus ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und Diplom-Volkswirtin. Als Sprecherin für Steuerpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ist sie Mitglied und Obfrau im Finanzausschuss. Von 1999 bis 2009 war sie Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Astrid Rothe-Beinlich ist Vize-Präsidentin des Thüringer Landtages und Parlamentarische Geschäftsführerin der Thüringer Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Sie ist Sprecherin des ISM-Vorstands.

Dieter Rucht ist em. Professor für Soziologie und war bis Juni 2011 Ko-Leiter der Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin.

David Salomon vertrat bis Ende März 2014 die Professur für Politische Bildung an der Universität Siegen, wo er seit dem 1. April als Lehrkraft für besondere Aufgaben arbeitet. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Demokratietheorie, Didaktik der politischen Bildung und politische Ästhetik.

Jan Schlemeryer promoviert an der Phillips-Universität Marburg und beschäftigt sich seit vielen Jahren insbesondere mit staatstheoretischen Fragen und der Entwicklung linker Bündnispolitiken. Er ist im Blockupy-Bündnis aktiv.

David Schommer ist Diplom Soziologe und freier Fotograf. Er arbeitet zur Zeit als Erzieher mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Thomas Seibert ist Philosoph, Autor und politischer Aktivist sowie einer der fünf Sprecher_innen des ISM-Vorstands.

Klaus-Dieter Stork ist Diplomsoziologe, war Büroleiter und Persönlicher Referent von Linda Reisch und Dr. Nordhoff im Dezernat Kultur und Freizeit (1994-2001), von 2001 Fachbereichsleiter und Kulturmanager der Stadt Hanau, Geschäftsführer des Comoedienhauses Wilhelmsbad bis April 2014, seit März Stabsstelle Kulturmanagement.

Wolfgang Storz ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Von 2002 bis 2006 war er Chefredakteur der Frankfurter Rundschau.

Tom Strohschneider ist Journalist, seit dem 1. August 2012 Chefredakteur der Tageszeitung neues deutschland.

Axel Troost ist als Volkswirt seit 1981 Geschäftsführer der parteiunabhängigen »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (Memorandumgruppe), seit 2005 finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE und seit 2012 stellvertretender Parteivorsitzender. Er ist Vorstandssprecher des ISM.

Moritz Warnke hat in Frankfurt Soziologie studiert, war dort u.a. in den Bildungsprotesten engagiert und lebt mittlerweile in Berlin.

Martin Wimmer ist Mitglied des ISM-Kuratoriums und Gründer des ISM Kulturbeirats. Seit 2012 ist er Leiter des Büros des Frankfurter Oberbürgermeisters. Zahlreiche Veröffentlichungen, Lesungen und Kunstinstallationen zu Politik, Literatur und Musik.

Frieder Otto Wolf ist Philosoph, Politikwissenschaftler, Politiker und Humanist. Er arbeitet seit 2007 als Honorarprofessor für Philosophie an der Freien Universität Berlin.

Andrea Ypsilanti ist Abgeordnete der SPD im Hessischen Landtag. Von 2007 bis 2009 war sie Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Sie ist Vorstandssprecherin des ISM.

Raul Zelik ist Schriftsteller und war bis 2013 Professor für Politik an der Nationaluniversität Kolumbiens.

VSA: Solidarische Moderne

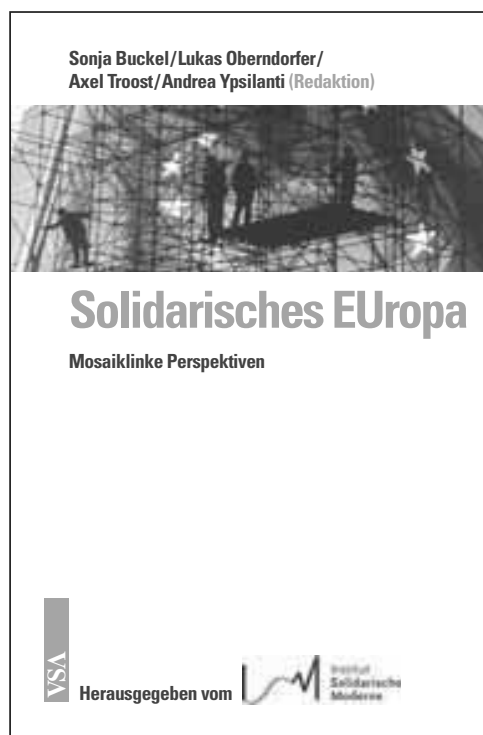


Johannes Angermüller / Sonja Buckel /
Margit Rodrian-Pfennig (Redaktion)
Solidarische Bildung
Crossover: Experimente selbstorganisierter
Wissensproduktion
Herausgegeben vom
Institut Solidarische Moderne
336 Seiten | 2012 | € 22.80
ISBN 978-3-89965-498-1

»Das hier dokumentierte ›Crossover‹ zeigt,
dass solidarische politische Bildungs- und
Diskussionsprozesse effektiv möglich
sind.« (Micha Brumlik in der taz vom
5.6.2012)

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de



Sonja Buckel/Lukas Oberndorfer/
Axel Troost/Andrea Ypsilanti (Redaktion)
Solidarisches EUropa
Mosaiklinke Perspektiven
Herausgegeben vom
Institut Solidarische Moderne
240 Seiten | 2013 | € 16.80
ISBN 978-3-89965-567-4

Wissenschaftler_innen, Vertreter_innen
linker Parteien sowie Aktivist_innen aus
NGOs und sozialen Bewegungen suchen
konkrete Alternativen eines solidarischen
EUropas. Sie stellen wesentliche Frage-
stellungen in einem Crossover-Prozess
zur Diskussion. Im Zentrum stehen eine
alternative Politische Ökonomie und eine
demokratische Erneuerung, die nicht an
den Grenzen EUropas haltmachen.

www.vsa-verlag.de

VSA

Werden Sie Institutsmitglied!

Unterstützen Sie die Solidarische Moderne!

Die Zeit ist reif für neue Ideen! Mit Ihrer Mitgliedschaft unterstützen Sie das Institut Solidarische Moderne in seiner Arbeit an neuen linken Politikkonzepten und einem Verständigungsprozess zwischen den Akteuren der politischen Linken.

Anders als andere Institute, die von wenigen, finanzstarken Interessengruppen getragen werden, zeichnet sich das Institut Solidarische Moderne auch durch seine Unabhängigkeit aus. Werden auch Sie jetzt Mitglied des Instituts Solidarische Moderne und damit Teil des Projekts.

Entweder schnell und einfach online:

<https://www.solidarische-moderne.de/de/topic/10.mitglied-werden.html>

Oder Sie schicken den folgenden Antrag an die unten stehende Adresse.

Ich möchte Mitglied des Instituts Solidarische Moderne e.V. werden.

Name: _____ Vorname: _____

Straße/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ Fax: _____

E-Mail: _____

Tätigkeit: _____ Organisation/Funktion: _____

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Mitgliedsbeitrag

- Ich zahle den Mitgliedsbeitrag von 8,33 pro Monat, das sind 100 € im Jahr.
- Ich habe kein oder nur ein geringes Erwerbseinkommen und zahle daher den ermäßigten Mitgliedsbeitrag von 2,50 € pro Monat, das sind 30 € im Jahr.
- Ich möchte einen höheren Mitgliedsbeitrag zahlen, nämlich _____ € im Jahr.

Der Mitgliedsbeitrag wird jährlich erhoben.

Zahlungsmöglichkeiten

Wir bitten Sie um eine Einzugsermächtigung, weil dies unseren Verwaltungsaufwand erheblich verringert und uns mehr Zeit für die wirklich wichtigen Dinge verschafft.

- Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Verein Institut Solidarische Moderne e.V. meinen Beitrag von folgendem Konto (nur für Konten in Deutschland) abbucht:

KontoinhaberIn: _____

Kto.-Nr.: _____


Bank: _____

BLZ: _____

Datum/Unterschrift: _____

- Ich überweise meinen Mitgliedsbeitrag auf folgendes Konto:

Institut Solidarische Moderne e.V.
Berliner Sparkasse
IBAN: DE76 1005 0000 6603 1790 14
BIC: BELADEBEXX



Unterstützen Sie das Projekt
gerne auch mit Ihrer
Spende.